

25. November 2019 | Nr.

## **Kern: Länder und Bund müssen für verbindliche Bildungsstandards auf höchstem Niveau an einem Strang ziehen**

Zur Nachricht, dass die baden-württembergische Landesregierung die Einrichtung eines Nationalen Bildungsrats ablehnt, sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP Fraktion, **Dr. Timm Kern:**

„Nach dem lähmenden und fruchtlosen Tauziehen über den Digitalpakt und die längerfristige Mitfinanzierung des Bundes in Bildungsfragen versuchen Baden-Württembergs Ministerpräsident und die Kultusministerin nun erneut, sich gegen ihre eigenen Bundesparteien zu profilieren. Die Kultusministerin sei daran erinnert, dass sie selbst unlängst ein bundesweites Zentralabitur gefordert hat. Die FDP/DVP Fraktion tritt für bundesweit einheitliche und verbindliche Bildungsstandards auf höchstem Niveau ein. Es ist daher aus unserer Sicht richtig, dass sich Frau Dr. Susanne Eisenmann hierfür einsetzt. Nicht richtig ist, dass sie sich dem Dialog mit dem Bund darüber verweigert, wie die Qualität im Bildungsbereich bundesweit gesichert werden soll. Wem bundesweite Vergleichbarkeit ein Anliegen ist, der müsste vielmehr daran arbeiten, dass die Länder und der Bund in Bildungsfragen an einem Strang ziehen.“